

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 222

Donnerstag, den 20. September 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch Botschafter von Hoersch und Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu Besprechungen, die wahrscheinlich mit den bevorstehenden diplomatischen Verhandlungen in Zusammenhang stehen.

Der Delegationsführer Dr. Hermes ist aus Warschau in Berlin eingetroffen, wo er über den bisherigen Verlauf der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Bericht erstattet.

In der Abrüstungskommission des Völkerbundes brachte Graf Bernstorff am Mittwoch einen deutschen Entschließungsantrag über die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz ein.

Der „Graf Zeppelin“ führt im Laufe des Donnerstags eine neue, und zwar die erste offizielle, Probefahrt aus, die etwa neun Stunden dauern und über Süddeutschland führen wird.

## Neuer Kampf um die Abrüstung.

England sucht die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission hinaus zu zögern.

Die Verhandlungen in Genf, die nach der Abreise des deutschen Reichskanzlers wesentlich an Anteilnahme eingebüßt hatte, haben jetzt durch die Verhandlungen in der Abrüstungskommission des Völkerbundes neues Interesse geweckt. Der französische Delegierte Paul Boncour hatte in einem Entschließungsentwurf die baldige Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission gefordert. Der Präsident der Kommission, der Holländer Landon, schlug eine Zusammenkunft der Seemächte vor, damit die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre ermöglicht werden könnte. Dagegen wandte sich zur großen Ueberraschung in ziemlich scharfer Weise der englische Stellvertreter Außenminister Cushendun. Die Verhandlungen, die am Dienstag abgebrochen werden mußten, wurden am Mittwoch nachmittags fortgesetzt.

In der fraglichen Sitzung erklärte der Präsident der vorbereitenden Abrüstungskommission Landon, daß er nach Bekanntwerden des englisch-französischen Abkommens beabsichtigt habe, die Abrüstungskommission sofort einzuberufen. Aber die ablehnende Haltung Lord Cushenduns sei für ihn eine kalte Dusche gewesen. Er habe nun die Absicht, Beauftragte der großen Seemächte, also England, Frankreich, Amerika, Japan und Italien zu einer Konferenz nach Paris einzuladen, um hinter verschlossenen Türen die Gegensätze in den Fragen der Seeabrüstung auszugleichen. Wenn die vorgelegene Konferenz zu einer Einigung geführt haben werde, so werde er, wie er feierlich versichere, sofort die vorbereitende Abrüstungskommission einberufen.

Hierauf begründete der französische Delegierte Paul Boncour in einer längeren Rede einen Entschließungsantrag, in dem die Vollversammlung den Wunsch ausspricht, daß die vorbereitende Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre oder zu Beginn des nächsten Jahres zusammentritt.

Lord Cushendun erklärte hierauf, daß er London dahin verstanden habe, die für 1931 vorgezeichnete Konferenz zur Revision des Washingtoner Seeabkommens sollte bereits jetzt in Paris stattfinden. Einen derartigen Plan halte er jedoch für unausführbar.

Es ist zu erwarten, daß der Vorschlag Paul Boncours sowie ein ebenfalls von dem deutschen Vertreter eingebrachter ähnlicher nur noch weitergehender Entschließungsentwurf die Vollversammlung in einer großen Debatte beschäftigen wird. Dabei wird denn auch die Entscheidung über den Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskommission fallen.

## Der deutsche Entwurf.

Am Mittwoch brachte Graf Bernstorff gegenüber dem von Paul-Boncour vorgelegten Entschließungsentwurf einen deutschen Gegenantrag über die Weiterführung der Abrüstungsarbeiten und Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz ein, der der Vollversammlung zur Annahme vorgelegt werden soll.

Der deutsche Antrag hat folgenden Inhalt: Die Völkerbundsversammlung stellt fest, daß bereits die allgemeinen Bedingungen der Sicherheit, wie sie durch die Herabsetzung der Rüstungen nach den Friedensverträgen und nach dem Vertrag von Locarno und dem Kellogg-Pakt geschaffen sind, es erlauben, die erste Etappe in der Abrüstung vorzunehmen, indem eine erste allgemeine Konferenz für die Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen einberufen wird, wodurch das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen den Rüstungen der Staaten gemildert werden könnte. Die Völkerbundsversammlung fordert den Rat

auf, einen dringenden Appell an alle Regierungen zu richten, damit diejenigen, zwischen denen noch Gegensätze in den Auffassungen bestehen, nunmehr in kürzester Frist gewisse Lösungen suchen, die geeignet sind, eine so vollständig wie mögliche Vereinbarung über die Abrüstung herbeizuführen.

## Briand berichtet.

Donnerstag Ministerrat in Paris.

Am Donnerstag tritt im Finanzministerium unter dem Vorsitz Poincarés ein Kabinettsrat zusammen. Der im Laufe des Mittwochs von Genf zurückgekehrte Außenminister Briand wird einen Bericht über die Genfer Besprechungen und Entscheidungen in der Rheinlandfrage erstatten.

## Hoersch und Schacht bei Müller.

Die Mitteilungen an die Presse.

Der Reichskanzler empfing gestern den deutschen Botschafter in Paris, von Hoersch, mit dem er die schwebenden außenpolitischen Fragen besprach. Nach ihm empfing der Kanzler den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, mit dem er ebenfalls eine längere Besprechung hatte. Es ist anzunehmen, daß diese Besprechungen mit den bevorstehenden diplomatischen Verhandlungen über Räumung, Reparation und Feststellungskommission in engem Zusammenhang stehen.

Bei einem Empfang der deutschen Presse machte der Reichskanzler über seine Genfer Verhandlungen verschiedene eingehendere Mitteilungen. Er betonte insbesondere, daß keine leichfertige Verbindung zwischen Räumung, Reparation und Feststellungskommission vereinbart worden sei. Dies sei schon deshalb unmöglich gewesen, weil die Reichsregierung den in Frankreich zur Schau getragenen Optimismus über die Regelung der Reparationsfrage nicht teile, diese Verhandlungen sich vielmehr ziemlich lange hinziehen könnten. Was die Feststellungs- und Vergleichskommission angehe, so sei er der Ansicht, daß diese Kommission statt des Mißtrauens zu beizuhelfen dieses noch erhöhen könne. Eine Ausdehnung dieser Kommission über 1935 komme keinesfalls in Frage. Ein weiteres Festhalten des Rheinlandes beruhe gerade für die internationale Politik auf großen Gefahren in sich.

## Keine Einmischung Polens.

Der polnische Außenminister Zaleski hat in Genf die Erklärung abgegeben, daß nach dem amtlichen Communiqué über die Räumungsverhandlungen auch die anderen Regierungen, also auch Polen, zu den kommenden Verhandlungen hinzugezogen würden. Zaleski ist weiterhin von Genf aus nicht nach Hause, sondern zunächst einmal nach Paris gereist, wo er sich jedenfalls bemühen wird, diesen Standpunkt durchzusetzen.

Gegensüber diesen polnischen Auslegungskünsten hat jetzt der Reichskanzler ausdrücklich erklärt, daß von einer Teilnahme Polens keine Rede sein könne. Ein derartiger Wunsch sei in den Genfer Verhandlungen nicht zum Ausdruck gebracht worden.

So sehr sich auch die polnische Presse bemüht, eine Teilnahme Polens an den Räumungsverhandlungen zu begründen, so muß doch auf die französischen Äußerungen hingewiesen werden, die dem deutschen Standpunkte beipflichten. Selbstverständlich hat Polen mit den jetzt in Gang kommenden Verhandlungen nicht das geringste zu tun.

## Länderbesprechung über Räumungsverhandlungen.

Nach verschiedenen Pressemitteilungen soll die bayerische Regierung bei der Reichsregierung beantragt haben, die Ergebnisse der Genfer Räumungsverhandlungen auch vor einer Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten zu beraten. Der Beschluß hierzu sei in dem bayerischen Ministerrat am Dienstag gefaßt worden.

Hierzu verlautet von zuständiger Stelle, daß bislang noch kein derartiges Ersuchen in Berlin eingegangen sei. Falls aber ein derartiger Wunsch geäußert werde, würden von Seiten der Reichsregierung keine Bedenken dagegen geltend gemacht werden.

## Dr. Hermes erstattet in Berlin Bericht.

Der Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.

Der deutsche Delegationsführer für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Hermes, ist in Berlin eingetroffen. Er wird hier dem Reichskanzler über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in War-

schau Bericht erstatten. Da Reichskanzler Müller bekanntlich in Genf mit Zaleski eine Unterredung hatte, ist anzunehmen, daß Dr. Hermes neue Instruktionen empfangen wird. Am Montag trifft Dr. Hermes wieder in Warschau ein.

Die Verhandlungen in Warschau erfahren durch den Berliner Versuch von Hermes keine Unterbrechung. Eine Vollziehung hat indessen noch nicht wieder stattgefunden. Der Schwerpunkt der gegenwärtigen Verhandlungen liegt jetzt in der Zolltarif- und Rechtskommission.

## Das Reichsarbeitsgericht wird selbständig.

Neuordnung der Geschäftsverteilung bei dem Reichsgericht.

Die notorische Ueberlastung der Senate des Reichsgerichtes wird in absehbarer Zeit eine Veränderung in der Geschäftsverteilung notwendig machen. Die Entscheidung über das, was notwendig ist, steht beim Präsidenten Dr. Simons, der erst Ende dieses Monats wieder in Leipzig sein wird. Geplant ist:

1. eine Abtrennung des Reichsarbeitsgerichtes vom dritten Zivilsenat. Das Reichsarbeitsgericht muß unbedingt selbständig werden, da der bedeutende Arbeitsanfall in einer Sitzung in der Woche nicht bewältigt werden und die durch die Belastung des Gerichtes unvermeidliche Verzögerung der Entscheidungen nicht getragen werden kann.
2. Zusammenlegung der beiden erstinstanzlichen Strafsenate, des vierten und des fünften, zu einem Senat, und
3. Schaffung eines weiteren Strafsenats für Revisionsangelegenheiten

## Süddeutschlandfahrt des neuen Zeppelins.

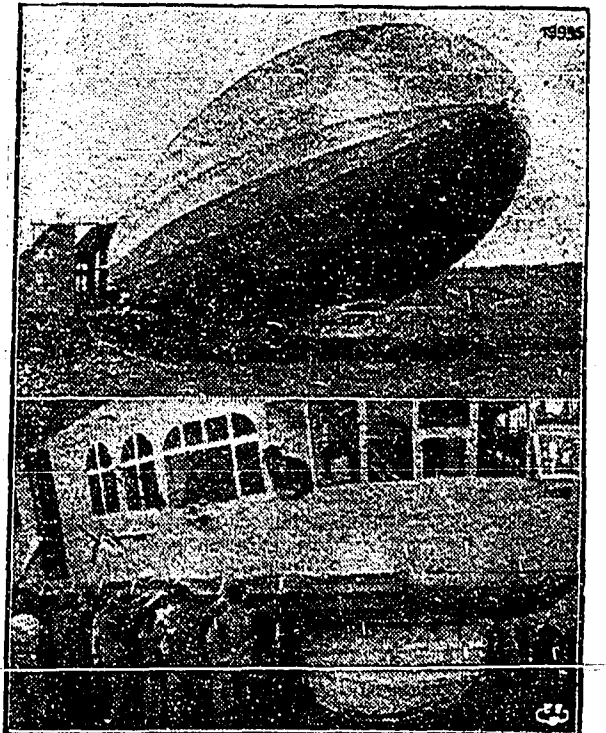
8-9 Stunden öffentliche Fahrt.

Friedrichshafen, 20. September.

Die erste öffentliche Fahrt des „Graf Zeppelin“ ist für heute vormittag anberaumt. Wie man von Dr. Eckener erfährt, erübrigt sich nach dem guten Erfolge der ersten Fahrt eine zweite Werkstättenfahrt.

An der heutigen Fahrt werden außer der Besatzung vor allem Vertreter der Presse sowie der Versuchsanstalt für Luftschiffahrt teilnehmen. Außerdem wird Kommander Rojenthals als Gast an Bord sein. Gestern war man auf der Werft mit der Ausarbeitung der Ergebnisse der Messungen und Prüfungen der ersten Fahrt mit den sich daraus ergebenden kleinen Veränderungen am Schiff selbst beschäftigt, während die Führer und Steuerleute ausführliche Fahrtberichte ausarbeiteten.

Die zweite Fahrt wird voraussichtlich 8-9 Stunden dauern und im Hinblick über Süddeutschland führen. Eine bestimmte Linie ist nicht vorgegeben, da es sich nicht um eine Zielfahrt, sondern wieder in erster Linie um eine Probefahrt handelt.



Oben: Wie eine Riesenzigarre liegt das stolze Luftschiff startbereit vor seiner Halle. Unten: Dr. Eckener am Fenster der Führergondel beim Start zur ersten Werkstättenfahrt.

Über die nächsten Fahrten sind entgegen den immer wieder auftauchenden angeblichen Reiseplänen des Luftschiffes keine Pläne vorhanden. Man wird von Fall zu Fall entscheiden, wohin die Fahrt ablen soll. Der erste